

EDITORIAL

TARDOC: Das zentrale Versprechen bleibt uneingelöst

TARDOC sollte die Hausarztmedizin endlich aufwerten. Doch die versprochene Verbesserung ist ausgeblieben. Andere Fachgebiete wiederum profitieren vom neuen Tarif und die ambulanten Kosten insgesamt steigen markant. Ausgerechnet die Hausärzt:innen warten weiterhin auf die seit Jahren geforderte und dringend notwendige Aufwertung ihrer Leistungen.

Der Widerspruch ist offensichtlich: Bund und Kantone investieren in Studienplätze und hausärztliche Nachwuchsförderung. Gleichzeitig bleibt die wirtschaftliche Perspektive in der Hausarztpraxis ungenügend. Wer junge Ärzt:innen für die Grundversorgung gewinnen will, muss dafür sorgen, dass sie dort auch eine Zukunft sehen. Mit dem neuen Tarif, der das zentrale politische Ziel verfehlt, lässt sich dieser Widerspruch nicht auflösen.

Der Bundesrat hat das Problem erkannt und die Tarifpartner zur Aufwertung der Hausarztmedizin aufgefordert. Das ist wichtig. Doch eine Roadmap, die erst Ende 2027 vorliegen muss und deren Massnahmen viel später greifen würden, genügt nicht. Die Praxen brauchen vorher eine spürbare Verbesserung. Deshalb verlangen wir die Wiedereinführung des Hausarztzuschlags als Übergangslösung ab 1. Januar 2027. Und wir erwarten, dass die Grundversorgung nicht durch pauschale Kürzungen für Kostenentwicklungen anderer Fachgebiete und weiterer Kostenbereiche (z.B. Medikamente) bezahlen muss.

Wie dringend diese Korrekturen sind, hat unsere Delegiertenversammlung am 19. November deutlich gemacht: Die mfe Resolution wurde einstimmig verabschiedet. Sie ist mehr als eine Positionsbestimmung. Sie zeigt, wie gross der Unmut nach Jahren unerfüllter Zusagen geworden ist. Die Geduld unser Kolleg:innen ist ausgeschöpft. Jetzt liegt es an den Tarifpartnern und den zuständigen Behörden, die angekündigte Aufwertung wirksam umzusetzen. Nicht irgendwann, sondern mit Sofortmassnahmen und verbindlichen Fristen. Die Bevölkerung will und

braucht Haus- und Kinderärzt:innen. Diese brauchen endlich faire Bedingungen.

Doch nicht nur bei den Tarifen läuft in der Gesundheitspolitik einiges in die falsche Richtung. Mit einem verkürzten Medizinstudium droht der nächste Fehlentscheid: Ausgerechnet die Haus- und Kinderarztmedizin, die ein besonders breites medizinisches Wissen verlangt, würde geschwächt statt gestärkt. Ein solcher Sonderweg ist für uns keine Lösung. Auch die einheitliche Finanzierung EFAS wird nur dann zum Fortschritt, wenn sie die ambulante Grundversorgung tatsächlich stärkt. Dafür müssen die Haus- und Kinderärzt:innen zwingend in die weitere Ausgestaltung einbezogen werden. In dieser Ausgabe von Standpunkte zeigen wir auf, wo Handlungsbedarf besteht, und liefern Fakten, Argumente und klare Forderungen. Denn politische Versprechen allein reichen nicht. Entscheidend ist die konkrete Umsetzung.

Monika Reber und Sébastien Jotterand
Co-Präsidium mfe Haus- und Kinderärzte Schweiz